

stitutionen ist nicht von Offenheit gekennzeichnet. Das einfache Buchungssystem erlaubt keinen Einblick in die Effektivität der Maßnahmen.

Kontrolle ist nicht erwünscht. In Indonesien gibt es kein echtes demokratisches Kontrollorgan. Das indonesische Parlament (DPR) hat ein grundlegendes Defizit: es hat kein Haushaltsrecht. Die Abgeordneten erhalten nur eine Übersicht des Routinehaushalts, der den Personaletat und den Schuldendienst wiedergibt. Der Entwicklungsetat zur Finanzierung der Regierungsprojekte, der jedes Jahr von der Weltbank überprüft wird und vom Pariser Club genehmigt werden muß, wird seit einigen Jahrzehnten am Parlament vorbeigeschleust. Der Parlament hat nicht einmal Zugang zu Informationen. Parlamentarische Anfragen und Vorladungen werden von den Beamten ignoriert.

Laut Verfassung müssen Änderungen

der Lohnstruktur im Staatsdienst und Preise für staatliche Dienstleistungen (Strom, Telefon, Benzin) vom Parlament genehmigt werden. Das Parlament wird jedoch einfach unter "Termindruck" gesetzt, um den Haushalt und entsprechende Ministerialbeschlüsse kommentarlos zu akzeptieren. Der indonesische Haushalt ist daher nicht verfassungskonform. Die Art, wie die Regierung ihn durchpowert, ist eine Vergewaltigung des Parlaments.

Das indonesische Parlament ist gegenwärtig zu einem schäbigen, zuschauerlosen Theater degradiert. Es gibt keinen Grund, die Sitzungen anzuhören. Die Abgeordneten unterschreiben die Anwesenheitsliste, kassieren viel Geld ein und verschwinden gleich wieder.

Die Abschaffung dieser - von Abgeordneten der moslemischen PPP Sri Bintang Pamungkas als faschistoid bezeichneten - Struktur, die Legalisierung

des indonesischen Staatshaushalts und der Rückschnitt der aufgeblähten Bürokratie sind für die Öffnung und Demokratisierung sehr wichtig. Dies ist nach Kwik Kian Gie, dem führenden Ökonomen der PDI (Demokratische Partei Indonesiens), angeblich nur eine Frage der Moral. Dessen Abschaffung dauert seiner Meinung nach einige Generationen.

Hat Indonesien soviel Zeit? Diese Frage ist nicht nur durch die Schulden der Regierung veranlaßt. Die ArbeiterInnen sind heutzutage weniger bereit, ihre Unterdrückung hinzunehmen. Die Zahl der Streiks und deren Umfang und Härte nimmt ständig zu.

Hok Ann

Anmerkung:

1) Tempo 1.10.88; Editor 14.1.93

## NACHRICHTEN

## INDONESIEN

### Präsident Suharto: 35 Minuten für die sechste Wahl

Ein Jahr nach der Parlamentswahl - so ist es Tradition in Indonesiens Neuer Ordnung - wird von den 600 Delegierten der Volksversammlung, zu denen u.a. Vertreter der drei Parlamentsparteien und des Militärs gehören, der Präsident gewählt. Diese Prozedur ging am 4. März innerhalb von 35 Minuten zum sechsten Mal über die Bühne. Suharto war - wie immer - der einzige Kandidat. Vor gut zwei Jahren hatte der Präsident

Schlüsselrolle fiel in diesem Nachfolgespiel der Wahl des Vizepräsidenten zu. Auch um die Neubesetzung dieses Amtes blühte die Spekulationsbörse in Jakarta seit langem. Neben Innenminister Rudini wurde auch der Name von Forschungsminister und Deutschland-Protege Habibie ins Rennen gebracht, um dessen Wohl sich Bundeskanzler Kohl bei seinem Indonesienbesuch im Februar besonders besorgt zeigte. Erst

der 71jährige Präsident die nächste Wahlperiode durchsteht. Sollte Sutrisno wirklich als Kronprinz aufgebaut werden, muß Suharto seinem neuen Vize in der Tat mehr politischen Spielraum lassen. Illoyalität muß Suharto von Sutrisno nicht befürchten: Sutrisno gilt als uneingeschränkter Anhänger der "dwifungsi", der Verantwortung des Militärs für äußere Sicherheit und innenpolitische Angelegenheiten. Seine Unbeugsamkeit in der Ost-Timor-Frage und seine Ablehnung basisorientierter Demokratisierung in Indonesien steht der des Präsidenten in nichts nach.

Nach Umfragen der Wochenzeitschrift TEMPO sind die indonesischen Parlamentsabgeordneten nicht scharf darauf, erneut einen Vertreter des Militärs auf dem Präsidentenstuhl sitzen zu sehen.

72 % der 23- bis 44jährigen und gar 100 % der 56- bis 72jährigen waren der Ansicht, der dritte Präsident Indonesiens müsse kein Militär sein. Insgesamt wurde in der Umfrage bei den älteren Abgeordneten ein wesentlich höheres Kritikbewußtsein festgestellt als bei den jüngeren.

vgl. FR 12.3.93, TEMPO 6.3.93, S.19f

### Ein Leserbrief: Gesetze für übernatürliche Personen

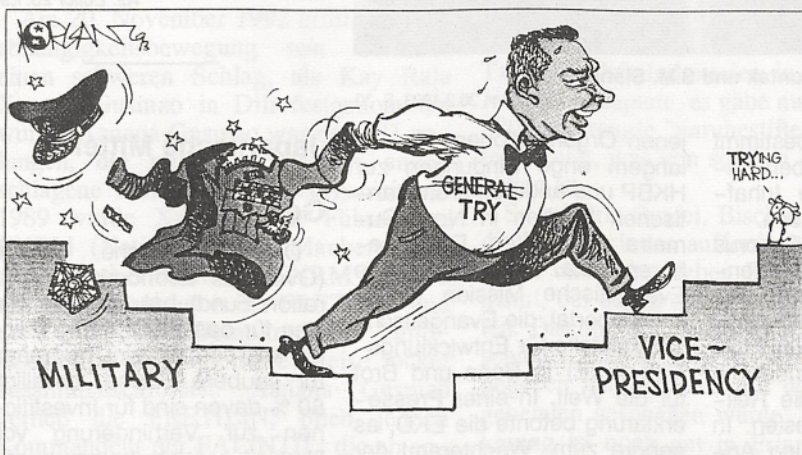
Die Bevölkerung von Cikampek (Westjava) hat eine Geschichte: Dort gibt es einen übernatürlichen Menschen. Er ist in der Lage,

- einen Angehörigen der KOSTRAD (strategische Kommandantur) von Teluk Jambe zu verprügeln. Der Betroffene erlitt eine Gehirnerschütterung. Sein Kommandeur reagierte nicht;
- Chauffeure vor dem Polizeipräsidium zu foltern. Sogar die Polizisten bekamen Angst.
- Sein Auto hat kein Nummernschild. Wenn ein Polizist danach fragt, antwortet er lapidar: "Soll ich dich anspukken?" Daraufhin entschuldigt sich die Polizei.
- Das Größte ist, er trägt eine Pistole bei sich, um andere einzuschüchtern.

Ich bin erstaunt - Indonesien ist schon 47 Jahre unabhängig, aber warum gibt es in Indonesien immer noch keine Gesetze? Bitte helft ..., macht einen Gesetzentwurf, extra für übernatürliche Personen, zugunsten Indonesiens, der Liebsten. Der Name der Person lautet Yani Saridil. Bitte nimmt Yani Saridil fest.

Kusma, Purwakarta/Java

vgl. Editor 23.1.93



aus: FEER v. 4.3.1993, S. 19

kurzfristig Spekulationen über seine erneute Kandidatur zugelassen, bis er sich für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung stellte. In dieser Phase wurden einige Namen für seine Nachfolge gehandelt, doch es wurde schnell deutlich, daß ein wirklicher Kronprinz im Inselstaat nicht in Sicht ist. Eine gewisse

wenige Tage vor der Wahl nominierte der Präsident General Try Sutrisno, den Oberbefehlshaber der Streitkräfte, als Vize. Bislang hat Suharto seinem Vize - der letzte war Ex-GOLKAR Chef Sudarmono - wenig Spielraum gelassen. Auch bedeutet das Amt des Vize nicht automatisch die Nachfolge, solange



**Nord-Sumatra: Bischof von Militärs abgesetzt**

Am 23. Dezember 1992 setzte das Militär von Nord-Sumatra Dr. S.A.E. Nababan, den Leiter der protestantischen Toba-Batak-Kirche (HKBP) kurzfristig ab und bestimmte S.M. Siahaan von der Theologischen Hochschule Pematangsiantar zu seinem Nachfolger. Die HKBP gilt mit ihren gut 2 Millionen Mitgliedern als größte protestantische Kirche der sogenannten Dritten Welt und ist seit langem in der ländlichen Entwicklungsarbeit und im Bildungssektor aktiv. Zum unmittelbaren Engagement Nababans, dem am 19. Januar die Ehrendoktorwürde der Universität Münster verliehen wurde, gehörten seine Proteste gegen die Zellstofffabrik Indorayon. Dieses Unternehmen wird in Nord-Sumatra nicht nur für Waldkahlschlag, sondern auch für massive Umweltverschmutzung verantwortlich gemacht.

Im November 1992 sollte Nababan auf der HKBP-Synode für weitere 5 Jahre in seinem Amt als Ephorus (vergleichbar einem Bischof) bestätigt werden. Die Stimmenmehrheit der Synodalen für ihn galt als sicher. Die Synode, die ursprünglich im Juni stattfinden sollte, von der Regierung aber verboten worden war, tagte unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen. Die Wiederwahl Nababans wurde von einer Minderheit, die ca. 20% der Synodalen ausmachte und von den Sicherheitskräften unterstützt wurde, jedoch verhindert. Es sollte der Eindruck entstehen, die HKBP sei nicht in der Lage, ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln.

Unmittelbar nach seiner Amtsenthebung legte Bischof Nababan Widerspruch gegen das Vorgehen der staatlichen Behörden ein. Am 18. Januar erklärte das Verwaltungsgericht von Nord-Sumatra die Amtsenthebung für rechtswidrig. Wenig später wurde der Richter, der die einstweilige Verfügung veranlaßt hatte, versetzt. Sein Nachfolger machte durch eine Sondergenehmigung den Weg frei für eine außerordentliche Synode, auf der unter dem Schutz des Militärs Pfarrer Dr. Parlingdank Wilfritz Togar Simanjuntak zum Ephorus und Dr. S.M. Siahaan zum Generalsekretär der Kirche gewählt

wurden.

Zwischen Weihnachten und Neujahr demonstrierten Tausende von Kirchenmitgliedern der HKBP an verschiedenen Orten gegen die Eingriffe des Militärs und die Absetzung Nababans. Im Zusammenhang damit kam es zur Verhaftung von fast 40 Personen, vorwiegend aus dem Stab der Entwicklungs- und Bildungsabteilung der Kirche. Einige der Inhaftierten, die wichtige Positionen in der HKBP innehaben, wurden mißhandelt und gefoltert. Ziel war, sie zur Unterschrift zu bewegen, den eingesetzten Bischof anzuerkennen, die neue Synode nicht zu stören und Auskünfte über den Verbleib von ausländischen Geldern, die für die

gierung lokale Demokratisierungsprozesse immer noch als Gefahr für die nationale Stabilität betrachte. Ihre Besorgnis über die gewaltsame Einmischung der Regierung in die internen Kirchenangelegenheiten äußerten in einer Resolution auch zahlreiche Mitglieder der christlichen Universität von Salatiga: "Zwang und Gewalt auszuüben", so heißt es dort, "ist weder eine ethische noch eine kreative Problemlösungsstrategie."

Protestschreiben an die indonesischen Behörden, an die Botschaft in Bonn und - im Vorfeld des Kohl-Besuchs in Jakarta - an Außenminister Kinkel kamen auch von der Evangelischen Kirche Deutschlands, besonders von



Im Duett: P.W.T. Simanjuntak und S.M. Siahaan

aus: TEMPO v. 20.2.1993, S. 30

Entwicklungsarbeit bestimmt worden waren, zu geben. Inzwischen wurden die Inhaftierten wieder freigelassen.

Die Absetzung des Ephorus und die offensichtlichen Menschenrechtsverletzungen riefen Proteste im In- und Ausland hervor. Der Nationale Kirchenrat (PGI) erinnerte in einer Resolution an die Religionsfreiheit in Indonesien. In einer weiteren Erklärung Anfang März gestand er jedoch zu, daß die Kirchen in der Tat "Schwächen" hätten, die sie nicht befähigten, ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln. Beobachter vermuten, daß diese zweite Resolution auf politischen Druck hin entstanden ist. Die englischsprachige Zeitung "Jakarta Post" betonte in ihrer Ausgabe vom 7. Januar, daß die Re-

jenigen Organisationen, die seit langem enge Bindungen zur HKBP und anderen protestantischen Kirchen in Nord-Sumatra unterhalten. Dazu gehören u.a. die Vereinigte Evangelische Mission (VEM) in Wuppertal, die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE) in Bonn und Brot für die Welt. In einer Presseerklärung betonte die EKD, es gehöre zum "Wächteramt der Kirche, die Vertreter der staatlichen Macht an die Grenzen ihres Auftrags zu gemahnen". Im Artikel 29 der indonesischen Verfassung wird allen Religionsgemeinschaften nämlich die Nichteinmischung in ihre internen Angelegenheiten garantiert!

Quellen: eigene Berichte der HKBP und deutscher Kirchenorganisationen, Jakarta Post vom 7.1.93

**Lesung zu Bosnien verboten**

5000 Zuschauer waren am 10. Januar in Surabaya bei einer Abendveranstaltung zu Bosnien anwesend. Diese wurde von 35 Dichtern unterstützt. Vier von ihnen, K.H. Mustofa Bisri, Asspar Paturusi, Ikranegara und Lukman Hakim Gayo mußten jedoch ihre Gedichte absetzen. Die Veranstaltung war vorher schon in Jakarta, Yogyakarta und Bandung durchgeführt worden. Diese unterschiedliche Haltung der Regierung ist den Veranstaltern unklar geblieben.

vgl. Editor 23.1.93

**Schwerer Zwist in der PDI**

Die PDI (Demokratische Partei Indonesiens) hatte bei den Wahlen im letzten Jahr versprochen, eine Alternative, auch hinsichtlich des Präsidenten, zu bieten. Der PDI-Vorstand hat jedoch Mitte Januar entschieden, Suharto zu unterstützen. Diese Haltung löste breite Proteste unter den Anhängern der Partei aus, denn sie wird von den Kritikern als unseriöse Wählertäuschung betrachtet.

vgl. Editor 23.1.93

**Japanische Mittel für saubere Gewässer**

Der japanische OECF (Overseas Economic Cooperation Fund) hat 16 Milliarden Yen für das PROKASIH (Projekt kali bersih), ein Programm für saubere Flüsse, bewilligt. 80 % davon sind für Investitionen zur Verhinderung von Umweltverschmutzung vorgesehen. Der Rest dient zur Gründung eines 'Revolving Fund' für Kleinbetriebe zur Errichtung von Abwasseraufbereitungsanlagen. Die Kredite haben eine Laufzeit von 3 bis 20 Jahren und einen reduzierten Zinssatz von etwa 14 % im Jahr.

vgl. Editor, 23.1.93